

Zürcher Politiker überlassen Knochenarbeit einem Luzerner

Aktualisiert am 20.10.2009

Der Luzerner Nationalrat Otto Ineichen kämpft für die Rettung der Firma Studer in Regensdorf. Zürcher Politiker schauen bloss zu.

Regensdorf/Zürich - Müde und ein wenig gestresst - so wirkt Otto Ineichen am Telefon. Er arbeite Tag und Nacht für die Firma Studer, sagt der Unternehmer und Luzerner FDP-Nationalrat, der als Mediator die «verhärteten Fronten» aufweichen will. Dem Audiotechnologie-Unternehmen droht die Verlagerung der Produktion von Regensdorf nach England. 35 Kündigungen sind bereits erfolgt, weitere 65 Arbeitsplätze sind laut Gewerkschaft Unia gefährdet. Das Personal hat in den vergangenen Wochen gegen den Abbau protestiert.

Ineichen hat am Wochenende Gespräche mit der amerikanischen Studer-Besitzerin Harman geführt. Es sehe «nicht schlecht» aus, sagt Ineichen. Mehr will er noch nicht preisgeben. Sein Ziel: Regensdorf als Standort retten und alle Arbeitsplätze im Traditionsunternehmen sichern.

Dass in Regensdorf Hoffnung aufkeimt, ist also dem Engagement eines Luzerners zu verdanken. Das wirft die Frage auf, weshalb nicht Zürcher Politiker an vorderster Front für den Erhalt von Arbeitsplätzen im eigenen Kanton kämpfen. In ihren Sonntagsreden werden sie jeweils nicht müde, die Bedeutung eines prosperierenden Wirtschaftsstandorts herauszustreichen.

Regierung soll sich einsetzen

FDP-Präsident Beat Walz begrüsst die Anstrengungen Ineichens. «Wir sind nicht futterneidig, wenn uns ein Luzerner hilft.» Nationalrat Ruedi Noser hingegen räumt ein, die Rolle des Retters müsste eigentlich einem Zürcher Politiker zufallen. Und er versichert: «Wenn man an mich herangetreten wäre, hätte ich mich aktiv engagiert.» Was Noser vermisst, ist ein «kräftiges Zeichen» der Regierung. Ein Signal

- dies wünscht sich auch SP-Kantonsrat Marcel Burlet, der in Regensdorf wohnt. Die Regierung müsse sich im Interesse Zürichs in die Verhandlungen mit dem Harman-Konzern einschalten.

Ende September hat Burlet eine Anfrage zur Haltung der Regierung eingereicht. Diese Bemühung genüge vorläufig, sagt er. Nun gelte es, die Antwort der Regierung abzuwarten. «Ich tue wenigstens etwas», sagt Burlet in Anspielung auf die SVP, bei der «Reden und Handeln offenbar zwei verschiedene Dinge sind». SVP-Fraktionschef Hans Frei und Kantonsrätin Barbara Steinemann, beide aus Regensdorf, hätten sich geweigert, die Anfrage zu unterzeichnen. Steinemann verteidigt ihren Verzicht: Die geplante Verlagerung der Produktion aus Regensdorf sei ein «internationaler Vorgang unter Privaten». Aktiv würde sie nur, falls der Staat die unternehmerische Freiheit von Firmen beschneiden wolle. Stefan Häne

Erstellt: 20.10.2009, 02:00 Uhr